

## ZUM NEUEN VERHÄLTNIS CHINA-JAPAN

## Die Mitgift Japans: "Militarismus" und "Neokolonialismus"

Der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten in China hat die antijapanische Propaganda Pekings, die noch vor wenigen Wochen hohe Wellen schlug, geglättet, jedoch wohl kaum für immer zum Stillstand gebracht. Denn bei allen freundlichen Perspektiven, die die Aussöhnung zweier "Erzfeinde" eröffnet, sind es doch nach wie vor zwei dunkle Punkte, die in Peking wohl auch in Zukunft permanent Beunruhigung hervorrufen dürften, nämlich der "Neomilitarismus" und der "Neokolonialismus" der japanischen "Reaktionäre".

Diese beiden Themen sind im Laufe der letzten Jahre immer stärker in den Vordergrund der chinesischen Pressekampagnen getreten, und sie werden in den verschiedensten Varianten wohl auch in Zukunft wieder auftauchen. Eine kurze Phänomenologie des japanischen Feindbildes, wie es in China gerade während der letzten Jahre wieder gepflegt wurde, mag die bleibende Aktualität der beiden Gravamina verdeutlichen:

## 1. "Militarismus"

Obwohl Japan in Art. 9 seiner Verfassung von 1946 auf Streitkräfte und eigenes Kriegspotential verzichtete, hat eine Politik der kleinen Schritte über Jahre hinweg doch dazu geführt, daß das Land wieder einmal auf dem besten Wege ist, zu einem militärischen Riesen heranzuwachsen. Unter dem Eindruck des Korea-Krieges erging bereits am 1. Juli 1954 das Gesetz über die Selbstverteidigungskräfte, die für einen direkten oder indirekten Überfall, also sozusagen für militärische Feuerwehrraktionen, zuständig sein sollten, während es gemäß dem Sicherheitsvertrag von 1960 Aufgabe der Amerikaner sein sollte, großangelegte Invasionen zurückzuschlagen. Flankiert wurde diese Defensivpolitik durch bilaterale Verteidigungsverträge der USA mit Südkorea und Taiwan sowie durch Stationierung umfangreicher amerikanischer Streitkräfte auf Okinawa. Die Infrastruktur der japanischen "Selbstverteidigung" war also aufs engste mit der amerikanischen Stützpunktstrategie in Ostasien verknüpft. Kein Wunder, daß die Chinesen den "japanischen Faschisten" vorwarfen, sie liefen der "Aggressions- und Kriegspolitik der USA nach und ließen sich als Werkzeug der USA für ihre Aggression" verwenden (1).

Es sollte keineswegs bei den bescheidenen Anfängen des Jahres 1954 bleiben. Vielmehr kam es in den darauffolgenden Jahren zu drei umfangreicheren Drei- und Fünfjahresplänen: Das erste Aufrüstungsprogramm (1958-1960) sah direkte Militärausgaben von 453,2 Milliarden Yen (1,2 Mrd. US Dollar) vor. Das zweite Aufrüstungsprogramm (1962-1966), das nun bereits als Fünfjahresplan konzipiert war, umfaßte direkte Militärausgaben von 1163,5 Mrd.

Yen (3,2 Mrd. US Dollar), und im dritten Aufrüstungsprogramm (1967-1971) waren 2340 Mrd. Yen (6,5 Mrd. US Dollar) eingeplant. Zwischen 1958 und 1971, also in 13 Jahren, hatten sich die Militärausgaben damit beinahe verfünffacht.

Alle diese Ausgaben werden jedoch von dem sogenannten "Entwurf des Vierten Plans zum Aufbau der militärischen Verteidigungskräfte", der am 20. Oktober 1970 in Form eines Weißbuches bekanntgegeben wurde, weit in den Schatten gestellt. Dieses vierte Aufrüstungsprogramm, das für die Jahre 1972-1976 konzipiert ist und vom japanischen "Verteidigungsamt" veröffentlicht wurde, sieht eine Steigerung der direkten Militärausgaben Japans auf 5,8 Billionen Yen (etwa 16 Mrd. US Dollar) vor - eine Summe also, die 2 1/2 mal so hoch ist wie die Ausgaben der vorausgegangenen fünf Jahre. Innerhalb dieses Planes soll die Luftwaffe gegenüber dem bisherigen Fünfjahresplan um 280%, die Marine um 230% und das Heer um 190% vergrößert werden (2). Gegenüber dem ersten Aufrüstungsprogramm ist die 13fache Summe angesetzt, und sämtliche drei bisherigen Aufrüstungsprogramme werden in ihrer Gesamtsumme vom 4. Fünfjahresplan noch um 5,1 Mrd. US Dollar überschritten! Gemessen am Sozialprodukt machen diese Ausgaben etwa 1% (1970: noch 0,79%) aus, verglichen mit der Bundesrepublik, die im Durchschnitt der letzten Jahre einen Militärausgabenanteil von rd. 3,5% des Brutto-Sozialprodukts aufweist. (2a)

Der Schwerpunkt der Landesverteidigung liegt auf der dünnbesiedelten nördlichen Insel Hokkaido, da ja die Sowjetunion als potentielle Hauptgefahr gilt. Die Seeverteidigung bemüht sich um eine Verbesserung der U-Boot-Abwehr und um die Schaffung des erforderlichen Potentials zur Ausübung einer gewissen Kontrolle im Japanischen Meer und in den Meerengen.

Bringt man einen Vergleich mit anderen Militärmächten Asiens, so nimmt sich die gegenwärtige (Stand 1970/71) Stärke der "Selbstverteidigungskräfte" weniger beeindruckend aus, wenngleich durch den vierten Fünfjahresplan noch eine beträchtliche Steigerung hinzukommen wird.

	Japan	Süd-Korea	Nord-Korea	Taiwan	China	Indonesien
Armee	179	570	370	387	2500	275
Marine	38	19	13	34	150	40
Luftwaffe	42	23	30	65	180	50

Anm.: Zahlen in Tausenden (2b)

Aber auch schon eine in solchen Proportionen



auftretende Streitmacht hat in Peking die Alarmglocke ausgelöst. Abgesehen von den noch sehr lebendigen Erfahrungen der heutigen chinesischen Führungsgeneration mit dem japanischen Militarismus sind es besonders drei Gründe, die beunruhigend wirken.

- Peking hat 1971 zu seinem Schrecken bemerkt, daß in der Zwischenzeit zahlreiche Spitzenpositionen im japanischen "Verteidigungsamt" wieder von "alten Militaristen und Faschisten aus dem zweiten Weltkrieg" besetzt wurden. Das "Verteidigungsamt" zählte i.J. 1971 15 Generäle, 18 Offiziere der Marine und 15 Generäle der Luftwaffe, die während des zweiten Weltkrieges junge Offiziere im Range von Majoren und Obersten waren. Auch sind "demobilisierte" Offiziere in großer Zahl in Rüstungsbetrieben beschäftigt. Im Motorenwerk von Toyota arbeiteten 1971 2300 Demobilisierte aus den "Selbstverteidigungstruppen", was mehr als 60% der gesamten Belegschaft ausmache. Diese Leute würden vorrangig befördert, und 350 von ihnen seien bereits zu ersten Aufsehern sowie zu Leitern von Abteilungen und Werkstätten der Autofabrik aufgerückt (3).

Darüber hinaus würde in der japanischen Öffentlichkeit heute wieder eine der "Aggression" günstige öffentliche Meinung geschaffen, die in der Tradition des von so verderblichen Auswirkungen begleiteten "Bushido"-Geistes stehe. Der Tenno nehme z.B. wieder einen wesentlich höheren Rang ein; die Ehrung gefallener Faschisten nehme zu; es erschienen Bücher und Magazine mit militärischer Propaganda; vor allem dienten auch zahlreiche neuere Filme der Rechtfertigung von Aggressionskriegen des zweiten Weltkrieges; in den Schulen würden alte militärische Übungen, wie z.B. das Kendo-Fechten, immer populärer (4).

Vor allem aber bestehe die Gefahr, daß die sogenannten "Theorie der Verteidigung der Umgebung" wieder Schule mache (5). Immerhin wird ja im Weißbuch vermerkt, daß die Marine- und Luftwaffen-Selbstverteidigungskräfte die Vorherrschaft zur See und in der Luft über Japan sowie in den Gewässern und im Luftraum seiner Umgebung sichern sollen. Bis wohin aber wolle Japan seine "Umgebung" ausdehnen? Im Nixon-Sato-Kommuniqué vom November 1969 sei betont worden, daß Taiwan und Südkorea für die Sicherheit Japans essentiell seien. Und wie solle diese Entwicklung weitergehen? Bald würden jene Gebiete zu "Japans Lebenslinie" erklärt, bald diese zur "Lebenssphäre" erhoben. Müsse man sich nicht an die Salami-Taktik Japans in den Jahren vor 1937 erinnern? Damals war für den japanischen Militarismus das chinesische Festland "Japans Lebensnerv". Heute seien die Japaner drauf und dran, die Malakka-

Straße und vielleicht auch Südostasien zu Japans Lebensnerv zu erklären. Wie lange dauere es noch, bis Japan wieder nach einer "Sphäre des asiatischen Wohlstands" verlange? (6)

Was die Salami-Taktik anbelangt, so liegen für China die Parallelen zu früheren Vorgängen auf der Hand: 1931 habe diese Politik einen bezeichnenden Anfang genommen: Am damaligen 18. September ließ die in Nordostchina stationierte japanische Kwangtung-Armee die Geleise der "Südmandschurischen Eisenbahn" in der Nähe von Shenyang in die Luft sprengen. Gleich danach behaupteten die Besatzer, der Zwischenfall sei von Kuomintang-Truppen verursacht worden, und besetzten bis Ende des Jahres die meisten Teile Nordostchinas. Dies war der erste Schritt der berüchtigten japanischen "Festlandspolitik", die davon ausging, daß ein Japan, das China erobern wolle, zuerst die Mandschurei und die Mongolei besetzen müsse. Fünf Jahre später, am 7. Juli 1937, inszenierten die Japaner dann weiterhin den "Zwischenfall von Lu-k'ou-ch'iao" und begannen dann einen systematischen Aggressionskrieg gegen China. Die barbarische Politik des "dreifachen Total" - total niederbrennen, total niedermetzeln und total ausplündern - verursachten dem chinesischen Volk Leiden, die erst durch die Zerschlagung des japanischen Imperialismus im August 1945 beendet wurden (7).

Ob diese Parallelziehung angesichts der japanischen Selbstverteidigungsabsichten realistisch ist, sei dahingestellt. Jedenfalls muß sie als wesentliches Element der chinesischen Perception hingenommen werden. Chinas Propaganda gegen den japanischen "Militarismus" zielt also hauptsächlich darauf ab, den Anfängen zu wehren.

Der "große Sprung" in den Militärausgaben, der unter einem "Nebelschleier schöner Floskeln" vollzogen wurde, war ein wichtiger Anlaß für die Wiederbelebung der antijapanischen Kampagne Pekings. (7a)

In einem Leitartikel der JMJP vom 2. September 1970 sind die Vorwürfe Pekings gegen den japanischen Militarismus systematisch zusammengefaßt. Folgende neun Punkte werden hervorgehoben (8):

- In Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten hätten einige Finanzmagnaten wieder eine zentralisierte Rüstungsindustrie aufgebaut und intensiviert die Militarisierung der Volkswirtschaft.
- Die sog. "Selbstverteidigungstreitkräfte" würden immer weiter ausgebaut. Bisher zählten sie 280 000 Mann. Darüber hinaus gebe es noch Zehntausende von "Reserveoffizieren der Selbstverteidigung". Mit Hilfe dieser Selbstverteidigungskräfte sei Japan, vor allem, wenn es eines Tages noch über Kernwaffen verfüge, wieder zu einer "strategischen Offensivmacht" geworden.



- Die militaristischen Kräfte gewinnen wieder die politische Macht in Japan. Das Sato-Kabinett habe z.B. zu über 60% aus "faschistischen Bürokraten" bestanden.
- Die Faschistisierung des politischen Systems zeige sich vor allem auch in einer Verstärkung des staatlichen Gewaltapparates. Arbeiter und Studenten würden brutal unterdrückt. Allein im Jahre 1969 seien in Tokyo über 800 000 "reaktionäre Polizisten" zur Verhaftung und Unterdrückung der revolutionären Volksmassen aufgeboten worden. Japan müsse im wahrsten Sinne des Wortes als "Super-Polizeistaat" bezeichnet werden.
- Das japanische Monopolkapital expandiere immer mehr ins Ausland. Es bestehe die Gefahr, daß das Militär dem Kapital folge.
- Der japanische Militarismus habe offen die Provinz Taiwan und Korea in seine Einflusssphäre einbezogen (Nixon-Sato-Kommuniqué vom November 1969!).
- Die japanischen Militaristen dienten den Amerikanern als "Gendarm in Asien". Mit Hilfe der Organisation des "Asiatisch-Pazifischen Rats" versuchten sie, ein konterrevolutionäres Bündnis aufzubauen, um andere asiatische Staaten unter Kuratel zu bringen.
- Es bestehe ferner die Gefahr, daß Japan bald Truppen ins Ausland entsende, um wirtschaftliche Rechte und Interessen Japans in Übersee zu wahren und z.B. die Marine zur Verteidigung der Straße von Malakka einzusetzen.
- Schließlich schaffe die herrschende Clique Japans eine "konterrevolutionäre" öffentliche Meinung für einen Aggressionskrieg. Lehrbücher wie das "Infanterie-Ausbildungshandbuch" und das "Taschenbuch für Soldaten" der alten faschistischen Armee würden neu aufgelegt. Dem japanischen Volk würden so reaktionäre Ansichten wie "Treue zum Kaiser und Vaterlandsliebe" und der "Geist des Samurai-Rittertums" eingetrichtert.

Von diesen neun Punkten sind bezeichnenderweise nicht weniger als sieben direkt auf den "Militarismus" bezogen.

Seit Japan begonnen hat, von der bisherigen Schutzmacht USA Abstand zu nehmen (Neubesinnung angesichts des Nixon-Besuches in Peking, Besuch des japanischen Ministerpräsidenten in China) könnte sich das chinesische Militarismus-Bild von Japan in gewisser Weise ändern. Überprüft man nämlich die verschiedenen chinesischen Erklärungen zum japanischen "Militarismus", so stößt man regelmäßig auf eine präsumtiv beinahe osmotische Verbindung von "US-Imperialismus" und japanischem Militarismus, wobei stets die Vorstellung mitspielt, daß Japan nichts anderes als das trojanische Pferd der USA in Asien sei. Früher

hätten die USA die Angelegenheiten in diesem Gebiet selbst in die Hand genommen, heute spannten sie asiatische Mächte vor ihren Wagen und ließen "Asiaten durch Asiaten bekämpfen." Darf man daraus schließen, daß - aus chinesischer Sicht - dem so häufig attackierten japanischen Militarismus in dem Augenblick die Giftzähne gezogen sind, da Japan sich von den USA unabhängig macht? (9)

Zwei Zitate sollen hier als Antwort auf diese Frage dienen.

- Schon 1965 erklärte der damalige Außenminister Chen Yi auf einer Pressekonferenz folgendes:

"Wenn die gegenwärtige japanische Regierung aufhört, im Kielwasser der Vereinigten Staaten zu segeln, eine unabhängige Politik treibt und auf ihre chinafeindliche Politik verzichtet, werden die Möglichkeiten zu einer Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen größer werden. ..." (10)

- 1971 heißt es:

"Der Weg, den Japan einschlagen sollte, ist der Weg der Unabhängigkeit, der Demokratie, des Friedens und der Neutralität. D.h., Japan muß sich selbst von der Kontrolle des US-Imperialismus losreißen, die militärischen Basen der USA beseitigen und wirkliche nationale Unabhängigkeit erreichen; es muß auf faschistische Diktatur verzichten und das Volk demokratische Rechte genießen lassen; es muß aufhören, der Aggressions- und Kriegspolitik des USA-Imperialismus nachzulaufen und ein Werkzeug der USA für Aggression zu sein, und in Gleichberechtigung und Frieden mit allen Ländern leben; es muß die US-japanische Militäralianz aufheben und weder irgendwelche Militärblocks organisieren, noch daran teilnehmen." (11)

## 2. "Neokolonialismus"

Wie nahe aus der Sicht Pekings Japan als "Wirtschaftsmacht" und Japan als "Militärmacht" beieinanderliegen, wurde bereits im Zusammenhang mit den Ausführungen zur weiteren Ausdehnung der "Lebenslinie Japans" bis nach Südostasien und bis zur Malakka-Straße deutlich. Diese engen Bezüge werden noch präziser in einem Interview Chou En-lais vom Juli 1971 beleuchtet (12):

"Es fehlt den Japanern an Rohstoffquellen; sie müssen ihre Rohstoffe importieren, und sie sind auch auf die Märkte anderer Länder angewiesen. Nach dem Kriege waren sie außerdem nicht mit Reparationsforderungen belastet, und eine Zeitlang gaben sie auch sehr wenig für die Rüstung aus. Ein charakteristischer Zug der Entwicklung ihrer Wirtschaft ist, daß sie ihre Vorteile aus den Kriegen zogen, die andere ausfochten, z.B. aus den Aggressionskriegen gegen Korea und Vietnam. ... Obwohl Japan nicht direkt an diesen Kriegen teilnahm, zog es doch seine Vorteile aus ihnen. Z.B. schätzen die Vereinigten Staaten, daß in den letzten zehn Jahren 120 Mrd. amerikanische



Dollars für den Vietnam-Krieg verbraucht wurden. Und ich glaube, daß Japan dadurch ganz schön viel Geld gemacht hat, z.B. durch militärische Instandsetzungsarbeiten, durch Transportkosten, durch Kosten für den Urlaub der US-Truppen und auch für Nachrichtenübermittlung."

Japan profitiert aber nicht nur von dem für andere Asiaten so schädlichen Krieg, sondern ist im Laufe der Jahre dazu übergegangen, seine Nachbarstaaten, vor allem in Südostasien, "auszuplündern" (13). Nach chinesischer Ansicht ist das an natürlichen Ressourcen reiche Südostasien Hauptziel der japanischen Wirtschaftsexpansion. Japan ist zum größten Importeur von Rohmaterialien in der Welt geworden! Seinen Bedarf an Rohstoffen führte es 1969 zu 100% an Aluminium, Nickel und Uran, zu 99% an Erdöl, zu 86% an Eisenerz, zu 78% an Kohle, zu 72% an Kupfer, zu 49% an Zink und zu 46% an Bauholz ein. Einer der Hauptlieferanten war Südostasien. Japan kauft fast den gesamten jährlichen Ausstoß an Nickel und Bauxit von Indonesien auf, bezieht Kupfer und Bauholz aus den Philippinen, Erdöl, Kupfer und Bauholz aus Malaysia und Gummi sowie Flußspat aus Thailand. Auch deckt es einen Teil seines jährlichen Erdölbedarfs in Indonesien. Umgekehrt ist Südostasien mit zu den wichtigsten Gebieten des japanischen Waren- und Kapitalexports geworden. Etwa ein Drittel des japanischen Außenhandels wird mit den Ländern Südasiens abgewickelt. Da die Handelsströme typisch "neokolonialistisch" strukturiert sind (Japan kauft Rohstoffe und liefert dafür Fertigwaren), kommt es zu einer immer höheren aktiven Handelsbilanz des "japanischen Monopolkapitals". Der Handelsüberschuß ist von 780 Mio. Dollar im Jahre 1965 auf 2 Mrd. Dollar im Jahre 1970 gestiegen, hat sich also beinahe verdreifacht. Nach chinesischer Ansicht ist es so zu starken Abhängigkeiten dieser Länder gekommen. Im Nachbarland Südkorea kontrolliere Japan bereits 90% der Düngemittelindustrie, 64% der Chemiefaserindustrie, 62% der Nahrungsmittelindustrie, 48% der Zementindustrie und 43% der chemischen Industrie. Japan sei der zweitgrößte Gläubiger Südkoreas (nach den USA) (14).

Ähnlich könnten auch die südostasiatischen Länder langsam zu "Yen-Kolonien" werden. In Thailand betrug der Anteil Japans an ausländischen Investitionen zwischen 1959 und 1969 nicht weniger als 32%. In Thailand leben etwa 4500 Japaner, die in einigen hundert japanischen Gesellschaften beschäftigt sind. In den Philippinen beliefen sich die japanischen Investitionen vom Jahr 1968 bis Ende April 1971 auf insgesamt 262 Mio. Dollar, was 58% aller ausländischen Kapitalanlagen auf den Philippinen während jener Epoche entspricht. Indonesien zumal ist zu einem Hauptmarkt für den japanischen Kapitalexport geworden. Bis Ende 1971 erreichten dort die japanischen

Privatinvestitionen 275 Mio. Dollar. Insgesamt betrieben die Japaner bis Ende 1971 76 Projekte, die sich über alle Produktionszweige erstreckten. Auch in Malaysia, Singapore und vor allem in Taiwan zeigt sich eine starke Präsenz japanischen Kapitals.

Wie konnte es zu einer solchen Entwicklung kommen? Anders als die BRD wirbt Japan keine Arbeitskräfte aus Nachbarländern an, sondern nutzt vielmehr die günstigen Investitionsmöglichkeiten im Ausland, um die dortige billige Arbeitskraft seinen Interessen zugutekommen zu lassen. Oft vollzieht sich der Kapitalexport unter dem Deckmantel der "Entwicklungshilfe". Japan, die "Insel des Reichtums im Meer asiatischer Armut" (15), hat Ende März 1969 ein Projekt bekanntgegeben, nach dem es im Jahrzehnt zwischen 1971 und 1980 32-36 Mrd. Dollar für "Entwicklungshilfe" ausgeben will, davon allein ein Drittel in Südostasien. Hakan Hedberg, einer der führenden Fachleute für die Wirtschaft Japans, hat diese Summe, die so imponierend wirkt, weil sie dreimal so groß ist wie der für den Marshall-Plan zur Verfügung gestellte Betrag, kritisch untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß bei dieser "Entwicklungshilfe" letzten Endes ein "Minus-Rekord" herauskommen wird, da ja die Struktur dieser Entwicklungshilfe voraussichtlich nicht anders sein werde als die etwa des Jahres 1968. Voraussichtlich werden nämlich die veranschlagten 36,7 Mrd. folgendermaßen aufgeschlüsselt werden:

Exportkredite:	19,8
direkte Unternehmensinvestitionen	4,4
multilaterale Hilfsgelder:	0,2
bilaterale, gebundene Hilfsgelder	2,5
bilaterale, gebundene Darlehen	6,7
technologische Entwicklungshilfe	0,5

Dies aber sei kein Hilfsprogramm für die unterentwickelten Ländern, sondern ein Einsatz für die japanische Industrie (16). Es ist erstaunlich, wie sehr sich hier das Urteil Hedbergs mit dem offiziellen chinesischen Kommentar trifft, der folgende Ausführungen bringt:

"Um seine Plünderungen der reichen Ressourcen zu verstärken, die Märkte zu beherrschen und billige Arbeitskräfte in Südostasien auszubeuten, hat das japanische Monopolkapital in den letzten Jahren weitgehend Kapital nach diesem Raum exportiert, in Form von sog. "Entwicklungshilfe", Zuschüssen, Anleihen und technischer Zusammenarbeit von seiten der japanischen Regierung oder von privater Hilfe" (17).

Gleichsam in Fortführung dieses Gedankenganges führt Hedberg aus:

"Diese Nebenwirkungen werden die Völker teuer bezahlen müssen: 1990 wird ihre Wirtschaft von Tokyo aus gelenkt werden und nicht von Seoul, Manila, Bangkok oder Singapore. Asien wird eine



Yen-Kolonie. ... Es wird Japan nicht viel Geld kosten, die asiatischen Winzlinge aufzukaufen - falls Tokyo sich dazu entschließen sollte. Das Bruttosozialprodukt Südkoreas beträgt rd. 5 Mrd. Dollar, etwa die Hälfte des Jahresumsatzes von Mitsubishi; auf den Philippinen liegt das Bruttosozialprodukt gegenwärtig bei etwa 6 Mio. Dollar und macht damit ein Sechstel der privaten japanischen Ausrüstungsinvestitionen aus. Das Bruttosozialprodukt in Malaysia und Südvietnam: je 3,5 Mrd. Dollar. Formosa: gut 4 Mrd. Dollar, etwa doppelt soviel wie die jährlichen Repräsentationsaufwendungen der japanischen Wirtschaft" (18).

Einer solchen Analyse würde China freilich nicht uneingeschränkt zustimmen. Aus der Sicht Peking ist das Asien der siebziger Jahre nicht mehr identisch mit jenem Völkergemisch des 19. Jahrhunderts, das sich vom europäischen Imperialismus mühelos überrollen ließ. Vor allem die "Kämpfe der drei Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha" sowie die "heroischen revolutionären Kämpfe der Völker Thailands, der Philippinen, Indonesiens und Malaysias" (gemeint sind die dortigen Guerilla-Bewegungen) werden dafür sorgen, daß die Träume des japanischen Monopolkapitalismus nicht in den Himmel wachsen (19). In der Tat hat sich in Asien eine große Wende vollzogen. Lange Zeit war ja die Aufmerksamkeit der südostasiatischen Staaten so nachhaltig von der Politik der Vereinigten Staaten (Vietnam!) und der kommunistischen Staaten Asiens absorbiert, daß der stillschweigende Aufstieg Japans, das der Philosophie des "ewigen Zweiten" folgte, gar nicht bemerkt wurde. Seit etwa 2-3 Jahren jedoch hat sich diese Arglosigkeit schlagartig in eine Art Abwehrstimmung verwandelt. Die südostasiatischen Staaten erinnern sich wieder der japanischen Okkupation; sie sehen auch, daß Japan früher oder später auf Maßnahmen sinnen muß, um seine immer stärker expandierenden Investitionen, vor allem aber auch die lebenswichtige Malakka-Straße stärker unter Kontrolle zu bringen. Unter diesen Umständen erscheinen zugleich die Wiederaufrüstungsmaßnahmen Japans in einer durchaus unbehaglichen Perspektive. Diese gemischten Gefühle äußern sich neuerdings in Ausdrücken wie "The Ugly Japanese", "The Economic Animals" oder "The Yellow Yankees". Diese Gefühle des Mißtrauens werden sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Japan hat nur eine Möglichkeit, hier rechtzeitig klare Verhältnisse zu schaffen, nämlich seine Wirtschaftskraft ehrlich in den Dienst einer Entwicklungspolitik an Südostasien zu stellen. Bis dahin freilich wird es noch lange Zeit dauern, und die Chinesen haben vermutlich noch häufig Gelegenheit zu Pressekampagnen gegen den japanischen "Neokolonialismus".

we

13) Dazu PRu 1972 Nr.24, S.18.

14) PRu 1971 Nr.38, S.12

15) Hakan Hedberg "Die japanische Herausforderung", Taschenbuch-Ausgabe Juli 1972, S.133.

16) a.a.O. S.134 f.

17) PRu 1972 Nr.24, S.18.

18) Hedberg, a.a.O., S.135 ff.

19) In diesem Sinne etwa PRu 1970 Nr.36, S.7.

1) Näheres andererseits zu der Option: Japan auf eigenen Beinen, vgl. C.a. August 72, S.35 ff.

2) FEER 15.5.1971, S.15 f.

2a) Bis 1970 zeigte sich bei den Militärausgaben allerdings noch eine fallende Tendenz (genaue tabellarische Aufschlüsselung in Strategic Survey 1970 JSS London, London 1971, S.36)

2b) Strategic Survey 1970, a.a.O., S.37.

3) PRu 1971 Nr.9, S.18.

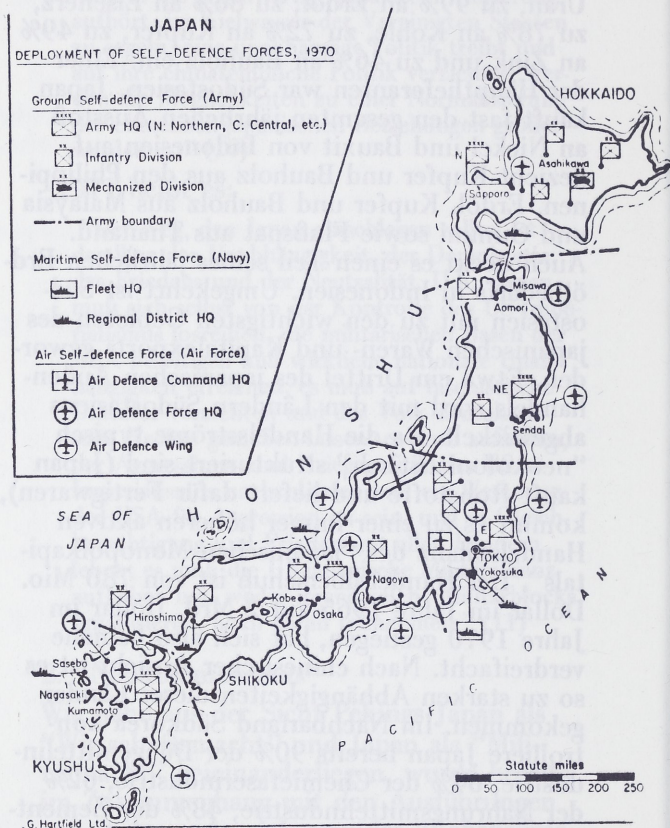
4) SWB 3368 A 3/6 ff.

5) PRu 1970 Nr.45, S.14.

6) Ebenda.

7) PRu 1971 Nr.39, S.7 f.

7a) Wie die japanischen "Selbstverteidigungskräfte" disloziert sind, zeigt folgende Karte:



Quelle: Strategic Survey 1970, a.a.O., S.38.

8) PRu 1971 Nr.26, S.17.

9) Zur Verbindung zwischen US-Imperialismus und japanischem Militarismus in der Vorstellungswelt der Chinesen vgl. Tasumi Okabe "China's Argument on the Revival of Japanese Imperialism" in Chinese Law and Government, jasp-Serie, Spring/Summer 1971, S.134 ff.

10) "Vizepremier Chen Yi antwortet der Presse", Verlag für fremdsprachige Literatur Peking 1966, Pressekonferenz vom 29. September 1965, S.21

11) PRu 1971 No.39, S.6; Ausführungen in dieser Richtung finden sich auch in dem Interview Chou En-lai mit James Reston, New York Times, 10. 8.71.

12) "Volksrepublik China, Bollwerk des Friedens", Amerikanische Studenten interviewen Chou En-lai", Westberlin 1971, S.50-54.